

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
E-Mail: bundesausschuss@friedensratschlag.de

ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin
Frank Werneke, Andrea Kocsis

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst,

wir danken euch für eure hochwertige Arbeit für die Daseinsvorsorge unserer Bevölkerung. Wir sind der Meinung, dass dafür sehr gute tarifliche Bezahlungen ebenso notwendig sind, wie qualitativ hochwertige Arbeitsbedingungen, um diese Versorgung in diese Qualität auch weiterhin zu ermöglichen.

Deswegen unterstützen wir, der Bundesausschuss Friedensratschlags, eure Forderungen und ebenso die Warnstreikes, zu denen euch die Arbeitgeber durch ihre Weigerung zwingen.

Geld aus unsern Steuern ist für eure Forderung ausreichend vorhanden, es muss nur anders verteilt werden: Eine Kürzung des Verteidigungshaushaltes, der aktuell 45,2 Mrd. Euro beträgt, um zwölf Prozent, würde ausreichen, um eure aktuellen Tarifforderungen zu finanzieren, ohne dass damit die Bundeswehr in Frage gestellt würde. Der Präsident der VKA und Verhandlungsführer der kommunalen Arbeitgeber, Ulrich Mägde, hat eure Forderung mit 5,7 Milliarden Euro beziffert. Statt die Ausgaben für Rüstung und Kriegseinsätze der Bundeswehr – wie vorgesehen weiter auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu steigern, soll die Bundesregierung - unserer Meinung nach - den Beschäftigten bessere Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung finanzieren und durch einen entsprechenden Finanzausgleich zugunsten der Kommunen dafür sorgen, dass auch die Beschäftigten in den Städten und Gemeinden in den Genuss dieser Verbesserungen kommen.

Dagegen soll „die Bundeswehr im Schnitt jede Woche einen neuen Panzer, jeden Monat ein neues Flugzeug und jedes Jahr ein neues Schiff bekommen“ verkündete die Verteidigungsministerin kürzlich. Allein die geplante Anschaffung von 45 neuen Kampffjets, mit denen die in Deutschland gelagerten amerikanischen Atombomben von der deutschen Luftwaffe in ihre Ziele „gen Osten“ transportiert werden sollen, wird mit 8 Milliarden Euro veranschlagt.

Wir hingegen sind der Meinung dass das Geld für Einkommenssteigerung von 4,8 Prozent (mind. 150,- € pro Monat) bei einer Laufzeit von 12 Monaten, die Erhöhung der Ausbildungsvergütung und der Praktikantentgelte um 100 € und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen v.a. in den besonders belasteten Berufen verwendet werden soll..

Wir, aus der Friedensbewegung dieses Landes, unterstützen eure berechtigten Forderungen und wünschen euch viel Erfolg in eurem Arbeitskampf!

Mit kollegialen Friedensgrüßen
für den Sprecherkreis des Bundesausschusses Friedensratschlag □
Anne Rieger, Willi van Ooyen, Lühr Henken